

**Abonnements:**  
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich  
Trägerlohn; durch die Post bezogen  
bei Selbstabholung vierteljährlich  
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.  
Erscheint an allen Wochentagen  
nachmittags.  
**Telegramm-Adresse:**  
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.  
**Telephon-Anschluß:**  
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

# Volksstimme

**Inserate:**  
Die Spalte Zeitungslohn kostet 15 Pf.,  
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.  
Inserate für die tägliche Nummer  
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-  
pedition Wiesbaden aufgegeben  
sein. Schluß der Inseratenannahme  
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.  
Postfach 629.  
Union-Druckerei, G. m. b. H.  
Frankfurt a. M.  
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

## Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard  
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,  
beide in Frankfurt a. M.

**Separat-Ausgabe für Wiesbaden**  
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 11.  
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —  
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der  
Union-Druckerei, G. m. b. H., GmbH in Frankfurt a. M.

Nummer 136

Montag den 14. Juni 1915

26. Jahrgang

# Keine Zeit für Wahlrechtsreform im Preussenlandtag

## Russenabzug vom Pruth — Erfolge im Nordosten.

### Um die Rechte der Menschlichkeit.

Im größeren Teil unserer Samstagsausgabe konnten wir vom Wortlaut der Note, die die amerikanische an die deutsche Regierung richtete, noch ein Hauptstück bringen. Aber es lag hier alles wiederzugeben, was sich auf den Fall des Dampfers „Lusitania“ bezieht. Darüber heißt es wörtlich:

Ein. Erzählung Note weist bei der Erwähnung der Verluste von amerikanischen Menschenleben anlässlich der Versenkung des Dampfers „Lusitania“ mit ziemlicher Ausführlichkeit auf gewisse Nachrichten hin, die der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich des Charakters und der Ausrüstung dieses Schiffes zugegangen sind und wo. Erzählung geben der Befürchtung Ausdruck, daß diese Nachrichten nicht zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten gelangt sein könnten. In der Note wird behauptet, daß die „Lusitania“ zweifellos bewaffnet gewesen sei, im Besonderen versteckte Geschütze geführt habe, daß sie mit ausgebildeter Besatzungsmannschaft für die Geschütze und besonderer Munition versehen gewesen sei, Truppen von Kanada befördert, eine Ladung an Bord gehabt habe, die nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten für ein Schiff, das auch Passagiere befördert, nicht zulässig gewesen sei, und daß sie ihrem Wesen nach als Hilfsschiff der englischen Seekriegsmarine gedient habe. Glücklicherweise sind diese Angelegenheiten, bezüglich denen die Regierung der Vereinigten Staaten in der Lage ist, der kaiserlich deutschen Regierung amtliche Aufklärung zu geben. Falls die in Ein. Erzählung Note angeführten Tatsachen zuträfen, wäre die Regierung der Vereinigten Staaten verpflichtet gewesen, davon amtlich Kenntnis zu nehmen, in Ausübung ihrer anerkannten Pflicht als neutrale Macht und in Anwendung ihrer nationalen Gesetze. Es wäre ihre Pflicht gewesen, darauf zu achten, daß die „Lusitania“ für ein angriffsweises Vorgehen nicht bewaffnet war, daß sie keine Ladung führte, die durch die Gesetze der Vereinigten Staaten verboten war, und daß sie, wenn sie tatsächlich ein englisches Flottenschiff war, keine Ausrüstungspapiere als Handelschiff erhalten dürfte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat diese Pflicht erfüllt und ihre Gesetze mit gewissenhafter Wachsamkeit durch ihre ordnungsgemäß angestellten Beamten zur Anwendung gebracht. Sie ist deshalb in der Lage, der kaiserlich deutschen Regierung zu versichern, daß diese falsch informiert war. Sollte die kaiserlich deutsche Regierung der Auffassung sein, daß sie überzeugende Beweise besitzt, wonach die Beamten der Regierung der Vereinigten Staaten ihre Pflicht nicht gründlich erfüllt haben, so gibt sich die Regierung der Vereinigten Staaten der aufrichtigen Hoffnung hin, daß die kaiserlich deutsche Regierung dieses Beweismaterial zur Prüfung unterbreiten wird.

Was immer auch die Behauptung der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich der Beförderung von Kriegsmaterial an Bord der „Lusitania“ oder hinsichtlich der Explosion dieses Materials durch den Torpedoschuh sein möge, so braucht nur gesagt zu werden, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung diese Behauptungen für die Frage der Geschmählichkeit des von den deutschen Marinebehörden bei Versenkung des Schiffes angewandten Verfahrens unerheblich sind.

Aber die Versenkung von Passagierdampfern berührt Grundsätze der Menschlichkeit, denen gegenüber die besonderen einzelnen Umstände, die in den Versenkungsfällen insprechen könnten, in den Hintergrund gedrängt werden; Grundsätze, die eine solche Versenkung, wie die kaiserlich deutsche Regierung zweifellos ungeachtet erkennen und anerkennen wird, aus der Reihe der gewöhnlichen Gegenstände diplomatischer Erörterungen oder internationaler Streitfragen herausheben. Was immer die sonstigen Tatsachen im Falle der „Lusitania“ sein mögen, die Hauptsache bleibt, daß ein großer Dampfer, der in erster Linie und vorzugsweise als Beförderungsmittel für Passagiere diente, und über 1000 Menschen beförderte, die keinerlei Anteil an der Kriegsführung hatten, torpediert und versenkt wurde ohne geringsten Anruf oder Warnung, und daß Männer, Frauen und Kinder unter Umständen, für die es in der modernen Kriegsführung kein Beispiel gibt, in den Tod geschickt wurden. Die Tatsache, daß mehr als 100 amerikanische Bürger unter denen waren, die zu Grunde gingen, macht es der Regierung der Vereinigten Staaten zur Pflicht, von diesen Dingen zu sprechen, und erneut mit heftigem Nachdruck die Aufmerksamkeit der kaiserlich deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung zu lenken, die sie nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten bei dieser tragischen Begebenheit auf sich geladen hat und auf den unanfechtbaren Grund, worauf diese Verantwortung beruht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten bezieht sich um etwas Größeres, als blohes Eigentumsrecht oder Handelsprivilegien. Sie bemüht sich um nichts weniger Erhabenes und Heiliges, als die Rechte der Menschlichkeit.

Durch deren Achtung sich jede Regierung eilt und auf die keine Regierung im Interesse der in ihrer Ehre und Gewalt Befindlichen verzichten darf. Nur tatsächlicher Widerstand gegenüber der Forderung oder der Weigerung anzuhören, wenn dies zu Durchsetzungsmaßnahmen befohlen war, hätte dem Führer des Unterseebootes eine Berechtigung geben können, das Leben der an Bord Befindlichen in Gefahr zu bringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die am 8. August 1914 durch die kaiserlich deutsche Admiralität an ihre Seeschliffe erlassenen Instruktionen diesen Grundsatz anerkennen und zur Geltung gebracht haben, wie dies auch die Preisverordnungen aller anderen Nationen tun, und jeder Reisende und Seemann hatte ein Recht, sich darauf zu verlassen. Auf diesem Grundsatz der Menschlichkeit sowohl als auch auf dem Gesetz, das sich darauf gründet, müssen die Vereinigten Staaten bestehen.

Also klar und bestimmt erkennt die Regierung der Union als ihre Pflicht an, daß sie die Beförderung von Geschützen, Munition und Truppen gemeinsam mit Passagieren hätte verhindern müssen, wenn eine solche gemeinsame Beförderung erfolgt wäre. Das ist eine Tatsache. Der deutschen Reichsregierung obliegt, den Beweis für ihre Angaben zu führen. Er kann, so dünkt uns, nicht allzu schwer sein. Daß auf dem Dampfer „Lusitania“ und ähnlichen Dampfern wiederholt Kriegsmaterial in großen Mengen transportiert wurde, das ist zweifellos festgestellt. Nur um die letzte Reise kann der Streit gehen. Wir warten ab, wie die deutsche Reichsregierung den Beweis für ihre Angaben führen wird.

Aber auch eine Prinzipienfrage wirkt Amerika auf. Es sagt: selbst wenn die behauptete, zweifellos unzulässige Verschiffung von Kriegsmaterial auf einem Passagierdampfer erfolgt ist, so gebot die Menschlichkeit, vor der Versenkung den Passagieren Rettungsmöglichkeiten zu bieten. Sicher, es ist ein furchtbares Drama, was sich abgespielt hat, aber nicht furchtbarer, als was der Zivilbevölkerung von Orten widerfährt, die vom Feind beschossen werden. Und wer ein allgemeines Urteil fällen will, der ist verpflichtet, die Umstände zu würdigen, die zu der Wandlung in der Führung des deutschen Unterseebootkriegs führten. Er ist verpflichtet, festzuhalten: 1. England hat den Hungerkrieg gegen Nichtkämpfer begonnen. 2. Die deutschen Unterseeboote haben achsam und nobel den Menschen auf torpedierten Schiffen Gelegenheit zur Rettung geboten, bis England durch Flaggenmißbrauch, Aussetzung von Brämen an Handelsschiffe für Vernichtung deutscher Unterseeboote und Verhaftung der Handelsschiffe diese Achtung und Noblesse übel lohnte. 3. Von Anfang bis zuletzt hat Deutschland sich bereit erklärt zur Aufgabe des Unterseebootkriegs in der zuletzt geübten Form, oder überhaupt gegen friedlichen Zwecken dienende Schiffe, sobald England die völkerrechtlichen Regeln des Seekriegs beachtet.

Soll nicht eine solche Einseitigkeit herauskommen, so ist Amerika verpflichtet, diese Umstände zu beachten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten steht aber auch sich selbst unter dem Eindruck, daß Englands Verhalten nicht minder rechtswidrig ist. Sie bietet sich in der Note weiter ausdrücklich an zu einem Versuch, mit der Regierung von Großbritannien zu einer Verständigung über eine Aenderung des Charakters und der Bedingungen des Seekrieges zu gelangen. Soll die Welt ernsthaft an die Sorge für die Grundsätze der Menschlichkeit glauben, so ist's nötig, diesen Grundsätzen nach allen Seiten Geltung zu verschaffen. Die Vereinigten Staaten können es, es steht durchaus in ihrer Macht. Sie können England zwingen, sie brauchen nur ihre Neutralität ernst und streng zu nehmen. Die Lieferung jedweden Kriegsmaterials an England von der Bedingung abhängig gemacht, daß England die Regeln des Seekrieges beachtet und nicht durch den Versuch zur Ausbungerung der Kinder, der Frauen und Greise und durch eine brutale Gewalttätigkeit auch gegen Neutrale das Recht und die Menschlichkeit mit Füßen tritt: das würde sehr schnell wirken und die Voraussetzungen zur Führung des Unterseebootkriegs in der Form, gegen die Amerika sich wendet, beseitigen.

Immer und immer wieder betont der Schluß der Note die Grundsätze der Menschlichkeit und die allgemein anerkannten Anschauungen des internationalen Rechts. Aber diese erhabenen Grundsätze sollten nicht bloß „hinsichtlich der Sicherung amerikanischen Lebens und amerikanischer Schiffe“ verwirklicht werden. Die deutsche Reichsregierung wird es jedenfalls in ihrer Antwort, deren Wichtigkeit, Sorgfalt und Ueberlegung, also auch Zeit erfordert, nicht an Fingerringen fehlen lassen, wie den Grundsätzen der Menschlichkeit gedient werden kann, damit auch wirklich die Menschheit und nicht nur amerikanischer Handel davon Gewinn hat.

### Brüder Friedenswirten.

In Bryans Aufruf an das amerikanische Volk heißt es: Es handelt sich hier in Wirklichkeit um die Wahl zwischen zwei Systemen. Unter den Einflüssen, deren sich die Regierung bei ihren Beziehungen untereinander bedienen, nehmen zwei die vorherrschende Stellung ein und sind einander entgegengesetzt: nämlich Gewalt und Ueberredung. Die Gewalt tritt bestimmt auf und handelt durch ein Ultimatum. Die Ueberredung wendet Beweisführung an, fordert zu Unterhandlungen auf und stützt sich auf Verhandlungen. Die Gewalt stellt ein altes System dar, die Ueberredung ein neues, das die allgemeine Brüderlichkeit zum Ziele hat. Wenn ich die Note an Deutschland richtig ansehe, muß ich sagen, daß sie eher mit den Grundsätzen des alten als des neuen Systems übereinstimmt. Ich gebe gern zu, daß sie sich auf Präzedenzfälle im Ueberflusse stützt. Das alte System ist für alle früheren Kriege verantwortlich, niemals zuvor enthielt sich jedoch die entlegene Tollheit dieses unglücklichen Systems so klar als jetzt. Die zivilisierten, erleuchteten, christlichen Nationen Europas ringen miteinander, und schon hat der Wunsch nach dem Kriege auch die Jüngsten unseres eigenen Landes ergriffen. Als demütigter, überzeugter Anhänger der Prophezeiung des Friedensfürsten, daß die zum Schwerte greifen, durch das Schwert unkommen sollen, bitte ich, mich zu denen zu zählen, die ernstlich darauf dringen, einen Weg einzuschlagen, der keinen Zweifel läßt, daß die Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis eine freundschaftliche Verständigung erreicht oder wenigstens bis der Trud des Krieges vorüber ist und wir uns an Deutschland wenden können in Erinnerung an die historische Freundschaft und die zahllosen Bande, die Deutschland und die Vereinigten Staaten verknüpfen. Eine Nation muß die Welt aus der dunklen Kriegsnacht herausführen in das Licht des Tages, wo die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden. Warum sollen wir uns dieser ehrenvollen Aufgabe nicht eines Tages unterziehen, warum nicht gleich jetzt? Die Nationen werden einsehen, daß ein dauernder Friede nicht auf Furcht aufgebaut werden kann. Eines Tages werden die Nationen ihr Vertrauen in die Liebe setzen, die, obwohl von den Anbetern des Kriegsgottes als Schwäche betrachtet, weiter währt, wenn alles andere verfaßt.

fierten, erleuchteten, christlichen Nationen Europas ringen miteinander, und schon hat der Wunsch nach dem Kriege auch die Jüngsten unseres eigenen Landes ergriffen. Als demütigter, überzeugter Anhänger der Prophezeiung des Friedensfürsten, daß die zum Schwerte greifen, durch das Schwert unkommen sollen, bitte ich, mich zu denen zu zählen, die ernstlich darauf dringen, einen Weg einzuschlagen, der keinen Zweifel läßt, daß die Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis eine freundschaftliche Verständigung erreicht oder wenigstens bis der Trud des Krieges vorüber ist und wir uns an Deutschland wenden können in Erinnerung an die historische Freundschaft und die zahllosen Bande, die Deutschland und die Vereinigten Staaten verknüpfen. Eine Nation muß die Welt aus der dunklen Kriegsnacht herausführen in das Licht des Tages, wo die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden. Warum sollen wir uns dieser ehrenvollen Aufgabe nicht eines Tages unterziehen, warum nicht gleich jetzt? Die Nationen werden einsehen, daß ein dauernder Friede nicht auf Furcht aufgebaut werden kann. Eines Tages werden die Nationen ihr Vertrauen in die Liebe setzen, die, obwohl von den Anbetern des Kriegsgottes als Schwäche betrachtet, weiter währt, wenn alles andere verfaßt.

### Vom Unterseeboots- und Handelskrieg.

London, 13. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Der Flottenkorrespondent der „Morning Post“ schreibt: 45 Schiffe in weniger als einer Woche zerstört, das ist eine große Zahl! Der Unterseebootkrieg kann erst ausgerottet werden, wenn die Werften, die Unterseeboote herstellen, zerstört sind. Das Blatt stellt weiter fest, daß die Fischerfahrzeuge „Wellfare“ und „Laurelina“ die ersten waren, die durch einen Luftangriff vernichtet wurden.

Rotterdam, 12. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: 40 Meilen südlich Oldhead auf der Höhe von Ainsale wurde wieder ein Trawler aus Lowestoft versenkt. Die Besatzung trieb ohne Nahrung 24 Stunden im Boot umher.

Grimsby, 13. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Nordischen Bureau. Der Trawler „Blighmouth“ ist von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 13. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Das Fischerfahrzeug „Wagon“ aus Grimsby ist in der Nordsee durch ein deutsches Unterseeboot torpediert worden. Die Besatzung wurde gerettet.

Islewich, 13. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die „East Anglian Daily Times“ meldet, daß ein Schiff mit Stückgutern vor einigen Tagen bei Aldborough an der Ostküste Suffolks durch ein feindliches Unterseeboot torpediert worden sei. Es mah 3000 bis 4000 Tonnen und kam von Buenos Aires. Eine andere Meldung besagt, daß es sich um das Schiff „Veucla“, 3027 Tonnen groß, handelt.

London, 13. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Westminster Gazette“ erhebt Einwurf dagegen, daß die Zeitungen unter dem Titel „Zwei britische Kriegsschiffe versenkt“ über den Untergang zweier Torpedoboote berichten, da das Publikum hierdurch unbedeutendweise erschreckt und geängstigt werde.

### Englische Willkür gegen Schweden.

Stockholm, 12. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) „Stockholms Dagbladet“ meldet aus Helsingborg: In den letzten Wochen sind zahlreiche Schiffe mit Salzpeten, die für Schweden bestimmt waren, von den Engländern aufgebrochen und zurückgehalten worden. Die Ladungen sind teilweise bereits in England gelöst, die Salzfahrzeuge dem Kriegsmarine übergeben worden. Infolgedessen besteht für die schwedische Superphosphatindustrie die Gefahr, aus Mangel an Rohstoffen den Betrieb einstellen zu müssen, was für Tausende von Arbeitern, sowie für die Landwirte verhängnisvoll wäre. Die betreffende Industrie fordert daher ein Eingreifen der schwedischen Regierung, um eine Aenderung des Zustandes herbeizuführen.

Stockholm, 12. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Das „Svenska Morgensbladet“ berichtet in seiner Nummer vom 11. Juni über von englischer Seite unternommene plumpe Versuche, die schwedische Presse zur Teilnahme an einer geladenen Deutschen hebe durch Forderung zu bewegen. Das große englische Annoncenbureau G. Street Co. London und gleichzeitig Vertreter des Board of Trade Departements sandte mehrfach dem „Svenska Morgensbladet“ Artikel, in denen die Deutschen als Barbaren geschildert wurden. Das Bureau hat für Aufnahme der Artikel Vergebung an. Solche Ergüsse, sagt das Blatt, zeigen mehr von Barbaren denjenigen, die sie schreiben und verbreiten. Man wundert sich, daß eine Nation, wie das stolze England, sich solcher Kampfmethoden zu bedienen nötig hat, noch mehr aber darüber, daß England versucht, die schwedische Presse durch Beschäftigung zur Aufnahme von Artikeln

zu verurteilen. Von keiner Seite sei derartiges versucht worden. Eine solche Agitation könne in Schweden nur das Gegenteil der gewünschten Absicht erreichen.

Stockholm, 12. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Das schwedische Auslandsgesetz, das infolge der widerrechtlichen Postzensur gegen amerikanische und schwedische Briefe dem schwedischen Gesandten in Washington Befehl, in Amerika hiergegen energische Schritte zu tun, wurde gleichzeitig in London energigekämpft. Man spricht davon, daß man künftig suchen wird, die Post auf direkten amerikanisch-schwedischen Schiffen zu befördern.

Stockholm, 13. Juni. (D. D. R.) „Aftonbladet“ schreibt: Die Diskussion über die englischen Liebergriffe ist im Westen begriffen. England gibt vor, die Interessen der kleineren neutralen Staaten sich angelegen sein zu lassen, behauptet aber, daß die internationalen Konventionen, wenn eigene egoistische Interessen vorliegen, wie wertloses Papier. Wenn auch die Neutralen während des Weltkrieges sich daran gehalten haben, manche ungerechte Ermischung sich gefallen zu lassen, so hat unsere auswärtige Politik doch eine nationale Würde zu wahren. Einen offensibaren Demütigungsversuch hinzunehmen, liegt fern. Wenn unsere friedlichen Schritte keinen Erfolg haben, müssen wir zu Repressalien schreiten.

## Die schweren Kämpfe in Galizien.

Es war doch so, wie der russische Bericht es meldete: Die Verbündeten hatten die bei Jurovno über den Dniestr vorgeschobenen Truppen zurückziehen und sogar Jurovno räumen müssen. Als der russische Bericht mit diesem Erfolg auftrat, was es aber bereits darum geschah, schon am Samstag war Jurovno zurückgewonnen. Und damit löste sich das ganze Weiswerk des russischen Berichts in Dinst auf. Die zuletzt in Galizien und den Nebenträumen die Kampflage sich gestaltete, das melden die amtlichen Berichte vom 13. Juni wie folgt:

Deutscher Bericht: Der Brückenkopf von Sienjaw wurde gestern wieder genommen. Der Gegner ließ über 5000 Gefangene in unserer Hand. Rüstliche Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Auch östlich Jaroslaw und östlich Pryemysl lebt der Kampf wieder auf. Die Truppen des Generals von Linsingen haben Myzicka genommen. Der Angriff auf Chaczow ist im Fortschreiten.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht: In Südgalizien bringen die Truppen der Armee Pflanzen weiter siegreich vor. Nach hartnäckigen Kämpfen wurden gestern Tzimenica, Tlamacz und die Höhen nördlich Olesza genommen. Südlich Czernelica wird gekämpft. Neue russische Angriffe gegen Jaleszczky wurden blutig abgewiesen.

Aus der Bukowina, über die Reichsgrenze vordringend, waren unsere Truppen die Russen aus ihren längsten der Grenze vorbereiteten starken Stellungen zurück. In der Verfolgung wurden mehrere Orte Bessarabiens besetzt. Gestern fielen 1560 Gefangene in die Hände der Verfolger.

Am oberen Dniestr greifen die Verbündeten erfolgreich in der Richtung auf Chaczow an, wo noch starke russische Kräfte das südliche Dniestr-Ufer halten.

In Mittelgalizien führte ein Angriff österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen zur Besetzung von Sienjaw und nach Abwehr eines starken feindlichen Angriffes zur Ertümmung sämtlicher Stützpunkte nordöstlich der Stadt. Hierbei wurden 3500 Russen gefangen.

Also haben die Russen wirklich die Pruthlinie völlig aufgeben müssen, die Verbündeten sind sogar auf demnachbarsten russischen Gebiet vorgeedrungen. Rumänen bekommen einen guten Anschauungsbild. Weiter sind die Russen in ziemlich breiter Front über den galizischen Unterlauf des Dniestr gedrängt worden. Dazu wird vom Westen her die Stöße der Armee Radziken (nicht Linsingen, wie es am Samstag irrtümlich bei uns hieß) wieder wirksam. Aber je stärker der Druck von West und Süd, umso massiger halten sich die russischen Armeen in der zweiten Umgegend Dembergs. Das Tempo des Fortschritts der Verbündeten wird wohl abhängen von der Möglichkeit, genügend Artillerie mit aus-

reichender Munition zur Wirkung zu bringen. Jedenfalls stehen schwere Kämpfe im Ausblick.

Der russische Generalstabsbericht vom 13. Juni berichtet über die galizischen Kämpfe: In Galizien näherte sich am 11. Juni im Tale des Flusses Stow eine feindliche Automobilbatterie unseren Gräben, wurde aber durch unsere Artillerie zum sofortigen Rückzuge gezwungen. In der dreitägigen Schlacht am Dniestr, in der Gegend von Jurovno, vom 8. bis 10. Juni, nahmen wir im ganzen 348 Offiziere, 15431 Mann gefangen und erbeuteten 78 Maschinengewehre und 17 Geschütze, die wir schon in einem früheren Bericht erwähnt haben. Eine große Anzahl Waffen, Munitionswagen, Feldküchen und Fahrzeuge fiel in unsere Hand. Um die österreichisch-ungarische Armee, welche auf dem rechten Ufer des Dniestr zurückgegangen war, zu unterstützen, unternahm der Feind eine Offensive auf beiden Seiten des Flusses Tysmaniza. Es gelang ihm, am 10. Juni die Ortschaft Gruszow zu erobern, doch wurde er später wieder zurückgeworfen. Unsere Truppen machten dort 33 Offiziere und 490 Mann zu Gefangenen. In der Nacht zum 11. Juni unternahm der Feind erfolglose Angriffe gegen den Brückenkopf bei Galicz. Im Laufe des nächsten Tages näherte sich der Feind dem Dniestr auf der Front Myzicka-Jaleszczky und begann den Dniestr an mehreren Stellen des genannten Abschnittes zu überschreiten.

## Die Kämpfe im Nordosten.

(Aus dem deutschen Tagesbericht vom 13. Juni.)

Nordwestlich Szawle machten unsere Angriffe gute Fortschritte. Ruza wurde im Sturm genommen. Feindliche Gegenstöße scheiterten. Acht Offiziere, 3350 Mann und acht Maschinengewehre waren unsere Beute. Südlich der Straße Mariampol-Kowno haben die Kämpfe gegen von Süden herankommende russische Verstärkungen erneut begonnen.

Nördlich Praszynsz wurden weiter 150 Gefangene gemacht.

Unserem Einbruch in die feindliche Linie südlich Polimow folgten in der Nacht russische Gegenangriffe, die sämtlich erfolglos blieben. Die gewonnenen Stellungen sind jetzt in unseren Händen. Unsere Beute liegt an dieser Stelle auf 1660 Gefangene, acht Geschütze (darunter zwei schwere) und neun Maschinengewehre.

## Österreichische Kriegsschäden.

Königsberg i. Pr., 13. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Nach dem nunmehr gewonnenen überschüssigen Bild über die Kriegsschäden der Provinz Ostpreußen haben von den Einwohnern während der feindlichen Einbrüche länger oder kürzere Zeit die Heimat verlassen etwa 190 000 in Regierungsbezirk Königsberg und etwa 360 000 in Regierungsbezirk Allenstein. Die Höchstzahl der Einwohner, die die Provinz Ostpreußen verlassen, dürfte 330—400 000 betragen. Zurückgekehrt ist bisher der größte Teil der Flüchtlinge, besonders auf dem Lande. Von den Russen sind, soweit bisher festgestellt wurde, in der Provinz 1620 Zivilpersonen getötet und 433 verwundet worden. Bestimmte Zahlen über Verluste und Schäden lassen sich nicht angeben. Die Zahl der nach Russland verschleppten Einwohner beträgt nach den bisherigen Angaben insgesamt 5419 Männer, 2587 Frauen und 2719 Kinder. Von den Männern besteht der größte Teil aus hilflosen Greisen. Viele der Verschleppten haben infolge der Strapazen Leben oder Gesundheit verloren. Durch feindliche Brandlegung ganz oder zum erheblichen Teil zerstört sind in Regierungsbezirk Königsberg 7 Städte, 75 Dörfer und 56 Güter, im Regierungsbezirk Allenstein 10 Städte, 292 Dörfer und 97 Güter, im Regierungsbezirk Gumbinnen 7 Städte, 206 Dörfer und 83 Güter. Die Zahl der insgesamt zerstörten Gebäude beträgt 33 553. Aus etwa einem Drittel der Wohnungen, schätzungsweise 100 000, wurde der Hausrat vollständig und aus ebenso viel anderen Wohnungen teilweise geraubt oder zerstört. In dem während der Dauer vom Feinde besetzten ein Fünftel der Provinz war, als der Feind zurückgezogen war, kein Stroh mehr vorhanden. In den ganzen Grenzkreisen waren fast alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte geraubt oder vernichtet. Die Windmühlen, Ziegeleien, Brennereien und Molkereien waren systematisch zerstört. Zudem sind in den Grenzkreisen etwa 800 000 Morgen mit Sommerfrüchten bepflanzt und nur 160 000 Morgen unbestellt geblieben.

Das Werkzeug wurde aber auch Waffe im Menschenkampf. Der Mensch lernte das Steinbeil nicht nur dazu gebrauchen, sich aus dem Baumstamme ein Boot zu bauen, sondern er benutzte auch das Werkzeug, um den Feind niederzustrecken. Die Technik des friedlichen Lebens wurde zugleich die Erfahrungsquelle seiner Kriegstechnik. So ist es geblieben bis heute; was in diesem Krieg auf den Schlachtfeldern an Kriegsmitteln und Kriegswaffen zur Entfaltung kommt, ist auf der Grundlage jener Technik aufgebaut worden, die der moderne Kapitalismus anwendet: Eisen zu schmieden, Maschinen zu gestalten und mit den Naturgewalten auf der Erde, auf dem Meer und in der Luft fertig zu werden. Ebenso wie in der Friedenstechnik unterscheiden wir auch in der Geschichte der Kriegstechnik zwei Entwicklungsperioden: zuerst steht der Mensch als Arbeitsträger im Mittelpunkt des technischen Vorganges. Er ist selbst Kraftmaschine und je nach seiner Handgeschicklichkeit führt er die Kriegswerkzeuge. Dann aber ist die Naturkraft in der Arbeitsprozedur eingeklinkt: die durch Dampf, Elektrizität oder durch Explosionskräfte in Bewegung gesetzte Maschine arbeitet im automatischen Betrieb. Der Mensch mit seiner Körperkraft und seiner Bewegungs geschicklichkeit als Arbeitsträger ist ausgeschaltet, er ist im Maschinenbetrieb Lenker, Leiter, Dirigent des Arbeitsvorganges geworden.

Auch im Dienste des Krieges hat sich die Technik aus primitiven Anfängen zur empirischen Handfertigkeit und dann zum rationalistischen Schaffen mit hohem Wirkungsgrad entwickelt.

Die ältesten Nachrichten eines geordneten Kriegswesens führen uns nach Ägypten. Primitiv ist bei dem ägyptischen Krieger als Waffe Streitart, Speer und Schleuder. Das Kriegswerkzeug ist eine unmittelbare Bewaffnung des Armes und der Hand. Die Körperkraft des Menschen ist noch die wichtigste Energiequelle. Und selbst wenn man größere Kraftleistungen ausführen läßt, bei der Wurfmachine, dem Onager, ist es aufgeschobene Menschenkraft. Die primitive Kriegstechnik kennzeichnet sich also dadurch, daß man noch nichts weiter vermag, als den Menschen als Kraftquelle einzuspannen.

Im Reichen der empirischen Kriegstechnik ist dem Menschen die Kriegswaffe als Werkzeug in die Hand gewachsen. Gesteigert in den Zerstörungswirkungen entsteht ein Kriegsmittel, dessen Gebrauch nicht mehr allein hohe Körperkraft.

An Vorentschädigungen sind bis zum 1. Juni 126 340 726 Mark ausgezahlt worden.

## Deutschenbege in Moskau.

Petersburg, 12. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Ein Telegramm aus Moskau meldet, daß die Arbeiter der deutschen Fabriken von Jindel und Guebner am 9. Juni die Arbeit einstellen und unter dem Gesange der Nationalhymne sich daranmachen, die Deutschen aufzubäumen und ihre Behausungen zu zerstören, indem sie die sofortige Vertreibung aller Deutschen in Moskau forderten. Am folgenden Vormittag 10 Uhr begaben sich die Arbeiter nach der einen Deutschen gehörigen Manufaktur von Jamiloff und Girardoff, zu der Fabrik von Jindel u. a. und begannen ihr Zerstörungswerk. Später strömten die Arbeiter durch die Straßen und zerstörten die Läden, Niederlagen, Häuser und Wohnungen der Deutschen. Sie warfen die Fensterheben ein und vernichteten die Waren, indem sie sie zum Fenster hinauswarfen. In der Hauptstraße an der Schmelzstraße zerstörten sie das große Instrumentenlager von Zimmermann und warfen Flügel, Klaviere und andere Musikinstrumente auf die Straße; ebenso erging es dem Köllerschen Geschäft.

## Italien im Krieg.

Die Grenzschüsse werden fortgesetzt, ohne daß bis jetzt dabei viel herausgekommen wäre. Von einiger Bedeutung sind die Vorgänge am Isonzo: wiederholt überschritten Teile der Brigade Ravenna den Fluß, sie wurden jedoch stets zurückgeworfen. Ein längerer amtlicher italienischer Bericht gibt eine ins Einzelne gehende Darstellung der bisherigen Tätigkeit des italienischen Heeres, zählt alle von den Italienern besetzten Städte auf und berichtet, daß die italienische Armee bei ihrem Vormarsch ziemlich empfindliche Verluste erleiden mußte. Der Bericht stellt die Erfolge des italienischen Heeres fest und schließt mit der Aufforderung, die Bevölkerung möge sich nicht einem übertriebenen Optimismus hingeben. Der Krieg werde lang und schwer sein.

Wie der „Deutschen Tageszeitung“ aus Lugano gemeldet wird, werden die bisherigen militärischen Mißerfolge am Isonzo mit der Unwegsamkeit des Geländes und dem schlechten Wetter begründet. Es müßten erst neue italienische Truppenzusammenschüßungen abgemartet werden, bevor die italienische Armee zu neuen ernsthaften Angriffen schreite.

Der „Messagero“ verpöht die Römer, die erst mit großem Geschrei zum Kriege getrieben, aber jetzt, wo es sich um Beiträge für die Familien der Einberufenen handelt, bisher nur 121 000 Lire aufgebracht hätten. Zu diesem Thema schlägt der „Avanti“ vor, man solle doch den 10 000 römischen Staatsbeamten ihr Gehalt für einige Tage kürzen, da würde ihre Kriegsbegeisterung ein wenig zum Ausdruck kommen.

Die römische Polizeidirektion verurteilte am 12. Juni, sie werde alle verhafteten österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen über 18 Jahre in Konzentrationslager nach Gardinien bringen lassen. Ihren weiblichen Angehörigen ist es freigestellt, sie zu begleiten. Der erste Schuß zählte 200 Personen. Auch Deutsche werden immer zahlreicher verhaftet.

Im Dodekanes, das sind die griechischen Inseln, besetzt Italien, laut einer Athener Depesche, Rekruten aus. Die Nachricht ist nicht sehr glaubhaft.

## Kritische Stimmung bei der Entente.

Paris, 13. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird mitgeteilt: Die deutschen Generalstabsberichte vom 8. und 9. Juni stellen die Operationen, welche in Frankreich stattfanden, in tendenziöser Weise dar. Die Tatsachen sind folgendermaßen zu berichten: 1. Auf den Abhängen der Loretohöhe verursachte ein unaufhörliches Artillerieduell dem Feinde die empfindlichsten Verluste. Es ist vollständig unrichtig, daß unsere Truppen durch das feindliche Feuer zerstreut wurden, ehe sie angreifen konnten. 2. Die letzten Schanzwerke, welche die Deutschen bei Neubville und St. Raaf besetzt hielten, wurden nicht von den Deutschen geräumt, sondern von unseren Truppen gestürmt. 3. Unsere Angriffe südlich und östlich Neubville wurden nicht nur nicht zurückgeworfen, sondern gewonnen fortgesetzt.

## Seuileton.

### Vom Wesen und Werden der Kriegstechnik.

Von Richard Boldt.

Nun dauert der Krieg zehn Monate lang und wir haben uns zurechtfinden müssen in die uns bisher ganz neue Welt, die der Militarismus der modernen Völker für den Ernstfall der kriegerischen Entscheidungen geschaffen hat.

Wohl ist über die politische Entwicklung und die wirtschaftlichen Interessenfragen der Völker, die dereinst zu einem Weltkrieg führen werden, viel geschrieben worden, aber von der technischen Seite haben doch selbst die militärischen Fachkreise eine recht verschiedene Vorstellung gehabt. Erst der fürchterliche Ernst der kriegerischen Entscheidungen hat die neuen Erfahrungstatsachen gezeigt, hat Fragen beantwortet, die bisher theoretische Probleme gewesen sind.

Um uns über den Krieg von heute zu unterrichten, hat sich die Tagespresse bemüht: wir haben Artikel über Torpedoboot und Flugzeuge, Schützengräben und Artilleriegeschosse gelesen und jeden Tag wurde uns ein anderes Detail aus dem vielgestaltigen Betriebe der modernen Seereschifffahrt erläutert. Wir suchen einzudringen in das Wesen der heutigen Kriegsführung, wir suchen nach Regel und Ordnung in diesem Organismus, der sich vor uns entfaltet; welches sind die Gehebe der modernen Kriegstechnik?

Alle Technik hat das Ziel, dem Menschen über seine körperlichen Kräfte hinaus Werkzeuge und Hilfsmittel zu schaffen, um den Daseinskampf erfolgreich, bewußt und planmäßig durchzuführen. Die technische Entwicklung geht also auf eine Verfeinerung von Arbeitsmitteln und Arbeitsmethoden hinaus. Von der Stellung, die der Mensch als Arbeitskraft im technischen Arbeitsvorgang einnimmt, ist der technische Reifegrad einer ganzen Zeit abhängig.

Summe ist der Krieg bei dem Frieden in die Schule gegangen. Zuerst hat der Mensch lernen müssen, den Daseinskampf mit der Natur zu führen, zu leben und zu wohnen. Er kam zur Anwendung von Werkzeugen: Geräte aus Holz, Knochen und Horn, aus behauenen oder geglätteten Stein, entworfenen seiner Erfindungsgebe.

sondern auch Geschicklichkeit erfordert. Eine Vorbildung und Erziehung ist notwendig. Aus der Empirie, aus der Erfahrung heraus, entsteht eine Regellehre, eine Summe von Handgriffen. Der Soldat wird in diese Handgriffe eingedrillt. Seine Gesamtleistung wird in die einzelnen Kommandos arbeitserlegt. Als im Dreißigjährigen Kriege noch Gemeine mit Luntenschloß gebräuchlich waren, erforderte ein Schuß 42 Kommandos, und wenn wir die alten preussischen Exerzierreglements aus der Zeit Friedrichs II. durchblättern, fällt uns auf, wie kompliziert das Abrichten der Soldaten nach den Kommandos der verschiedenen Teilfunktionen in der Bedienung ihrer Gewehre gewesen ist.

Die moderne Technik hat das Bestreben, den Arbeitsvorgang zu mechanisieren. Das Resultat wird hinaufgetrieben, indem nicht mehr die körperliche Kraft des Menschen, sondern Naturkräfte gespannt werden. Das Pulver entfaltet titanisch gesteigerte Zerstörungskräfte, automatisch setzt sich die Kriegsmaschine in Bewegung, der Soldat wird zum Maschinenwärter, von dem jetzt nur noch Betriebsführung und Ueberwachung zu erfolgen hat.

So handhabt der Soldat das moderne Maschinengewehr: im Unterfuchboot steht der Matrose hinter dem Torpedoausstoßrohr; mit ein paar Handgriffen wird das Riesengeschütz an der Küste, auf dem Dreadnought, vor der Festung zum Abschuss gebracht. Welche Beispiele aus dem Kriege von heute wir uns auch immer vor Augen führen, es zeigt sich besonders für das Auswirken der eigentlichen Zerstörungskräfte das Bestreben, die ausführende Arbeit der Naturkräften zu überlassen, während der Soldat die Waffe nur in Betrieb zu setzen hat.

Und so erleben wir auf den Schlachtfeldern des heutigen Krieges die gleichen Wunder wie in den modernen industriellen Arbeitsstätten. Wie die Technik in friedlichem Schaffen eine sinnvolle und doch zugleich gewalttätige Steigerung der Menschenkraft im Daseinskampf bedeutet, so mußte der Krieg des 20. Jahrhunderts sich auch für die Zerstörungsarbeit die Hilfsmittel dieser modernen Technik dienstbar machen. Und dafür lassen sich als lebende Gedanken von Aufbau und Betriebsführung diese Grundprinzipien erkennen:

1. Die heutige Waffentechnik hat die Zerstörungskräfte gewaltig gesteigert und verfeinert. Die Reichweite und Treffsicherheit der Geschosse wurde er-

**Schlände.** 4. Es genügt nicht, zu sagen, daß die Kämpfe in der Nähe von Sebastierne fortbauern. In Wirklichkeit bekämpfen wir unsere Gewinne aus und verbreiterten sie ständig. 5. Der deutsche Gegenangriff gegen unsere Stellungen bei der Mühle Soud-tous-les-vents brach in unserm Feuer zusammen. Alle unsere Gewinne wurden behauptet. Dasselbe trifft für die Schützengräben bei Villedu Bois und in den benachbarten Wäldern zu. Besonders im Briesterwalde drangen wir auf einer Front von 350 Metern Breite und mehreren hundert Meter Tiefe in die feindlichen Stellungen ein und machten 60 Gefangene. Trotz gewisser beständiger Gegenangriffe blieben die gewonnenen Schützengräben alle in unserm Besitz.

**Petersburg, 12. Juni.** (B. S. Nichtamtlich.) Die „Kotowo Wremja“ gibt dem tiefen Unwillen der russischen Bevölkerung Ausdruck über die Schwäche und Zerstreutheit der Angriffe auf der Westfront, die den Moment der Offensive vorübergehen ließ, wo der Feind durch Operationen an der Ostfront geschwächt war. Das Blatt hofft, daß endlich die angekündigte Offensive Joffes zur Tat werde.

Die Petersburger Kritik ist bitter; Joffe könnte darauf auch antworten: die russische Offensive geht sogar rückwärts! Aber damit wird nichts geändert an der Tatsache, daß die Franzosen und ihre westlichen Verbündeten auf dem Fiede treten! Alles, was die Pariser Darstellung vom 13. Juni behauptet, als wahr unterstellt, bleibt es doch dabei, daß der ganze Raumgewinn gegen das deutsche Westheer, der in einem halben Jahre schrecklicher Blutarbeit erzielt wurde, geradezu lächerlich gering ist gegen den Raumgewinn, den im Osten eine einzige deutsche Armeegruppe in einer halben Woche erzielt.

Die Erfolglosigkeit der immer wiederholten verlustreichen Vorstöße — laut „Daily Mail“ verlor allein die doch verhältnismäßig kleine englische Armee in zwölf Tagen 30 000 Mann! — macht allmählich England gegen Frankreich und Frankreich gegen Englands militärische Kraft mißtrauisch. Die Londoner „Times“ war bekanntlich angeklagt wegen Schädigung der Kriegsinvestitionen Frankreichs. Das Blatt hatte die Meinung ausgesprochen, bis zum Herbst werde Frankreich militärisch zusammenbrechen, denn es fehle an Ressourcen. Die „Times“ ist freigesprochen worden, aber der Schaden steht im Fleisch und tötet die Franzosen. Und nun wagen sie Englands Leistungen kritisch. „Daily Mail“ hat wiederholt Lord Kitcheners Tätigkeit besprochen und hervorgehoben, daß er die Aufgaben wegen Aufstellung englischer Millionenheere nicht gehalten hat. Mit dem Erfolg, daß zwar in England die Dinge sich nicht bessern, aber, so heißt es in der Zeitschrift eines in Paris lebenden Engländer, an „Daily News“: „Sowohl die Franzosen, als die in Paris lebenden Engländer sehen auf die Autorität der „Daily Mail“ hin äußerst pessimistisch die Lage Englands an.“

So kritisieren die Dreierbündnis-Brüder sich gegenseitig. Und sie haben alle recht.

### Abweisung jedes Verständigungsversuches.

Im Laufe des Juni soll das Internationale Sozialistische Bureau eine Sitzung im Haag abhalten. Die britische Arbeiterpartei will sich an dieser Zusammenkunft beteiligen und die Arbeiterfraktion hält gegen Beratungen ab, um die Delegierten zu wählen. Dieser Schritt mißfällt dem deutschfeindlichen Teile der Britischen Sozialistischen Partei, der sich zu dem sogenannten „National Socialist Defence Comittee“ (nationaler sozialistischer Verteidigungsausschuß) zusammengedrängt hat und dem u. a. Syndman und Bay angehören. Der Sekretär dieses Ausschusses ist Victor Fisher, ein Deutsch-Ungar, der noch englischer ist als die Engländer. Als Fisher von den Beratungen und Absichten der Arbeiterpartei hörte, wandte er sich an den Sekretär der französischen Sozialistischen Partei, um von ihm eine Erklärung gegen die Friedensbestrebungen der „Independent Labour Party“ zu erlangen. Fisher veröffentlicht jetzt folgendes Manifest, dem die Antwort des Sekretärs der So-

höht, die verschiedenen Zerstörungsmittel wurden den Bedingungen des Kampfes angepaßt.

2. Das Streben in der Entwicklung der Zerstörungsmaschinen geht auf eine Automatisierung und Präzision hinaus. Selbsttätig soll das Zusammenspiel in der Konstruktion der Einzelglieder sich vollziehen, nachdem der Soldat die Betätigung erfolgt ließ. Die Feinmechanik hat gelernt, Apparate zu gestalten, die für die Bewegungskontrolle und Arbeitsaufsicht der Kriegsmaschinen dienen können, die Optik liefert Instrumente für Fernsicht und Distanzbestimmungen, die den Raum überwinden. Der selbsttätige Maschineneinsatz soll vom Willen der Menschen gelenkt und geleitet werden können.

3. Die Kriegshandlungen werden wichtige Transportaufgaben. Die Ueberführung der Kriegsmaschinen und Menschen nach der Front, das Hin und Her der riesenhaften Kriegsmaschinerie im Bewegungskrieg, die Zufuhr und der Abtransport hinter der Front bedeuten Transportleistungen ersten Ranges. Die Beförderungsmittel werden mechanisiert. Die Pionierarbeit im Landkrieg ist ein Kampf mit dem Gelände für die ungehinderte Transportleistung.

4. In bisher ungekannten Ausmaß werden die Begriffe von Raum und Zeit überwunden. Ein wunderbar organisiertes System der Erhebung und Befehlsübergabe durchdringt feinstufig den ganzen Heereskörper.

5. Mensch und Maschine und Kriegsführung. Wenn alle kachlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, wenn die technischen Hilfsmittel verbessert und rationalisiert worden sind, dann wird der Mensch als Betriebsfaktor eingeschränkt; aus der Masse und aus dem einzelnen soll überall mit dem höchsten Wirkungsgrad gewirtschaftet werden.

Es treten also für den Techniker an die Ausbildung der modernen Kriegsmaschinerie die auch schon im friedlichen Schaffen bekannten Arbeitsaufgaben heran: er muß Konstrukteur und zugleich Organisator sein. Er hat konstruktive Maschinen und Apparate zu verbessern und bestimmten Verwendungszwecken mit möglichst hohem Wirkungsgrad anzupassen, organisatorisch ist Mensch und Maschine für ein ertragreiches Wirken zusammenzufügen. Die Kriegstechnik stellt sich die Aufgabe, für die Vernichtung von Mensch gegen Mensch die höchsten Wirkungen zu erzielen; je höher die technische Kultur, desto furchtbarer die Kriegsmaschinen zu Wasser, zu Lande und in der Luft, desto kunstvoller und feinorganisiert das Zusammenwirken der verschiedenen Hilfsmittel.

zialistischen Partei Frankreichs angehängt ist. Das Manifest lautet:

Die letzte Sitzung der Britischen Sektion des Internationalen Sozialistischen Bureaus, in der die Arbeiterfraktion vertreten war, beschloß sich lebhaft mit dem Vorschlag, Delegierte der britischen Sektion nach dem Haag zu einer Konferenz zu entsenden, die im Juni stattfinden sollte. Es wurde beschlossen, Henderson und MacDonald zu delegieren. Wie wir hören, hat Henderson, der inzwischen zum Unterrichtsminister befördert wurde, das Delegiertenmandat abgelehnt. Die britische Sektion berief eine neue Sitzung, um einen neuen Delegierten an Stelle Hendersons zu ernennen. Ein beträchtlicher Teil einflussreicher Sozialisten und Arbeitervertreter sind der Ansicht, daß eine Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus nicht erwünscht sei, da eine derartige Konferenz geeignet sein würde, die keine Rinderheit, an deren Spitze A. R. MacDonald steht, zu begünstigen und deren Plan, eine Zusammenkunft britischer und deutscher Delegierter zu veranstalten, erheblich zu fördern. Es war deshalb wünschenswert, die Ansichten der französischen sozialistischen Partei über diese Frage genau kennen zu lernen, da Sembat und Guesde, die leitenden Köpfe der französischen Sozialisten, auch französische Ministerposten bekleiden. Der Nationale Sozialistische Verteidigungsausschuß Großbritanniens glaubte, daß die Teilnahme der britischen Delegierten an der Haager Sitzung — besonders Henderson, der dem Westheimat und dem Kabinett angehört — sehr ernste Wirkungen auf die öffentliche Meinung Frankreichs und Belgiens haben und mißverstanden werden könnte.

Der Sekretär Fisher wurde deshalb beauftragt, sich mit der französischen Sozialistischen Partei in Verbindung zu setzen. Er erhielt folgende offizielle Mitteilung von Louis Dubreuilh, dem Sekretär der französischen Bruderpartei:

„Französische Sozialistische Partei.“  
Paris, 26. Mai 1915.

Beste Genosse Fisher!  
Einige englische Genossen erlaubten uns, ihnen zu sagen, welche Haltung die französischen Genossen einnehmen gedächten gegenüber der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus oder irgend einer anderen Konferenz ähnlicher Natur, die zu Anfang Juni im Haag stattfinden sollte. Unsere Partei hat bereits im Vorhinein auf diese Anfragen geantwortet, indem sie dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus und der Presse folgende Resolution überlieferte, die der Permanente Verwaltungsausschuß in seiner Versammlung vom 14. April angenommen hat:

Da wir eine Partei vertreten, deren Nation sich im Kriege befindet, überlassen wir es den Sektionen der neutralen Länder, darüber zu entscheiden, ob eine von ihnen einberufene Konferenz im gegenwärtigen Augenblick opportun oder nützlich ist. Was aber die Einberufung von Sitzungen des Internationalen Sozialistischen Bureaus anbetrifft, so beantworten wir die Frage entschieden im negativen Sinne; eine derartige Zusammenkunft ist unter den gegenwärtigen vorherrschenden Umständen weder materiell möglich, noch moralisch wünschenswert. Der Permanente Verwaltungsausschuß hat bereits erklärt, daß eine derartige Sitzung die Absichten und Zwecke ihrer wohlwollendsten Anhänger vernichten würde.

Dieser Beschluß bleibt für uns maßgebend, solange die Umstände, die zu ihrer Annahme führten, nicht modifiziert sind. Wir werden also an der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus nicht teilnehmen. Die Resolution erhebt von neuem die Befähigung von Sembat, Bailant und Guesde.

Und also bleibt dabei, daß an der Weigerung der französischen Sozialistenführer jeder Verständigungsversuch scheitert. Draußen geht das Gemisch weiter, jeder neue Tag fordert Opfer unerhört. Aber die Sembat und Genossen bleiben dabei: erst der Sieg und dann — ja was dann?

### Landtagsschluß ohne Wahlreform.

Nun ist es auch autoritativ entschieden, daß es in dieser Tagung des preussischen Landtags keine Wahlreformdebatte mehr geben wird. Das hat das Abgeordnetenhaus am Samstag beschlossen und dabei bleibt's.

Vorher hatte man das Fischereigesetz erledigt. In dieser Beratung rebete der Berichterstatter, Herr Vippmann (Stettin), das meiste. Ein paar Anträge unserer Genossen, die Reineri begründet hatte, wurden abgelehnt, das ganze Gesetz schließlich angenommen. In der kommenden Woche wird sich das Herrenhaus mit dem Fischereigesetz beschäftigen, das bestimmt ist, die Fischerei und Fischwirtschaft in Preußen vorwärts zu bringen. Auch unsere Genossen stimmten in der Schlußabstimmung dem Gesetz zu.

Den Rest der Sitzung füllte eine Geschäftsordnungsdebatte aus. Der Fortschrittler Radnide und der Nationalliberale Friedberg bemühten sich, ihren Antrag noch zur Verhandlung zu bringen, der ein Notgesetz erlassen will, das die Errichtung von Fideikommissen von der — dem Landtag mitzuteilenden — Genehmigung des Staatsministeriums abhängig macht. Herr Radnide wies darauf hin, daß manche schönen Kriegsgewinne jetzt in Fideikommissen angelegt werden und so immer mehr Boden gebunden wird. Zut nichts, sagte Herr v. Seydebrand, und die Rechte samt dem Zentrum lehnten den Antrag ab.

Als aber Genosse Hirsch verlangte, daß der Wahlrechtsantrag noch in dieser Session zur Verhandlung komme, gefallten sich auch die Fortschrittler und natürlich die Nationalliberalen zur Mehrheit. Herr Radnide fand, daß es der Würde der Sache nicht entspreche, sie bei gepackten Koffern zu beraten, und als Hirsch ihm riet, dann doch eine Wahlrechtsitzung in der sonst sitzungsfreien nächsten Woche abzuhalten, erwiderte Radnide — der Seniorenkonvent wolle ja nicht. ...

Erst am 21. Juni tritt das Abgeordnetenhaus wieder zusammen, um den Bericht der Budgetkommission über die wirtschaftlichen Maßnahmen entgegenzunehmen und — geschlossen zu werden. Die Wahlrechtsfrage kommt dann später mal, wenn es ihrer Würde entsprechen wird.

### Belagerungszustand und Arbeitsvertrag.

Der Stellvertretende Kommandierende General des 2. Armee-körpers, Freiherr v. Vietinghoff, erläßt die folgende Bekanntmachung:

„Da gewerbliche Arbeiter unter Vertragsbruch die Arbeit niedergelegt haben, um höhere Löhne zu erzielen, und durch die Niederlegung der Arbeit dringende Lieferungen für die Heeresverwaltung, sowie die Ernährung und die Bekleidung des Volkes in Frage gestellt werden, bestimmte ich auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bezirk des 2. Armee-körpers mit Ausnahme des Festungsbereichs Sigmundsbude:

1. Gewerbliche Arbeiter dürfen die Arbeit unter einseitiger Verletzung des Vertrages oder ohne ausdrückliche Einwilligung des Arbeitgeber vor Ablauf des Vertrages nicht niederlegen, sondern haben bis zum Ablauf des Vertrages ihre Arbeit zu verrichten.

2. Andere Arbeitgeber dürfen gewerbliche Arbeiter, welche gegen Ziffer 1 verstoßen haben, nicht in Arbeit nehmen.

Zu widerstandungen hiergegen werden gemäß § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Die Verordnung tritt sofort mit der Verkündung in Kraft.“

Unter Vertragsbruch — darauf ist der Nachdruck zu legen. Aber wird wohl auch nach dem Anlaß des Vertragsbruchs gefragt? Wahrscheinlich handelt es sich um Vorgänge auf Werften. Statt der Strenge des Belagerungszustandes ist's geteuer, energisch und durchgreifend für gute Löhne und gegen Lebensmittelmisbrauch zu wirken. Dann wird der Vertragsbruch eine Seltenheit sein!

### Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Gesundheitszustand des Königs von Griechenland hat sich wesentlich gebessert.

Wegen Spionage verurteilte das Kriegsgericht in Lüttich Personen, die durchweg geschändet waren; als zum Tode, sechs zusammen 77 Jahren Zuchthaus. Am 7. Juni wurden acht von den Verurteilten erschossen; wegen der drei letzten schwebt noch die Entscheidung über ihre Begnadigungsgehalte.

Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Calcutta vom 11. Juni: In dem Versuchungsprozeß wurden bisher 420 Personen verurteilt. Der Prozeß wird vermutlich bis Ende Juni dauern.

Der Pariser „Temps“ meldet: Der Versuch der Aus-gabungen bei den Sparassen in Frankreich zwischen dem 1. Januar und 10. Juni 1915 betrug gegenüber den Einlagen 69 497 282 Franken.

Der Pariser „Temps“ ist Herbes „Guerre sociale“ zum vierten Male in einer Woche beschlagnahmt worden. Seineswegs, weil etwa Herbes friedensfeindlich gemordet sei; er will bis zum Weibhuten durchhalten. Aber Herbes kritisiert die Kriegsführung!

### Aus der Partei.

#### Erklärung.

Die „Verner Tagwacht“ vom 8. Juni bringt eine Zuschrift aus Deutschland, die alles überbietet, was an verleumderischen Angriffen gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bisher geleistet worden ist. Wir könnten auch über die Stellung mit dem Schweigen der Reichstagsfraktion hinweggehen, aber ein Umstand nötigt uns zu einer besonderen Zurückweisung.

Der Artikel bringt Mitteilungen aus einer verhältnismäßig Sitzung der Budget-Kommission des Reichstags. In dieser Sitzung wurden bekanntlich eine Reihe von Soldaten-mißhandlungen gerügt; insbesondere wurden zahlreiche Klagen über Beschimpfungen und sonstige vorurteilswidrige Behandlungen bei der Ausbildung neuer eingekleideter Mannschaften vorgebracht. Von allen Seiten aber wurde ausdrücklich betont, daß es unzulässig sei, daraus den Schluß zu ziehen, als ob unsere Truppen von ihren Vorgesetzten allgemein schlecht behandelt würden.

Im Gegensatz dazu stellt es der Verfasser jener Zuschrift so dar, als ob die Mißhandlung die Regel sei und verleiht sich zu so unsinnigen, von niemand ernst zu nehmenden Behauptungen, unsere Soldaten müßten durch die barbarische Disziplin auf die Schlachtbank geschleppt und durch grausame Gewalt vor das Feuer getrieben werden.

Gestützt auf eine solche wahrheitswidrige Darstellung schmiedet der Verfasser eine schwere Anklage gegen die Fraktionsmehrheit, weil diese ihre Zustimmung dazu gab, daß jene Verhandlungen nicht noch einmal in der öffentlichen Sitzung des Reichstags wiederholt wurden. Die Fraktionsmehrheit tat das, nachdem der Kriegsminister rückhaltlos die Mißhandlung und Beschimpfung Untergeordneter verurteilt und die Erklärung abgegeben hatte, durch einen erneuten Erlass darauf hinzuwirken, daß die verantwortlichen Vorgesetzten mit größter Gewissenhaftigkeit eine vorurteilswidrige Behandlung in ihren Truppenteilen verhindern werden, und daß das Beschwerderecht nicht verflümmert werde.

Nach diesen bestimmten Erklärungen des Ministers hatte die Fraktion also alles erreicht, was in der gegenwärtigen Situation erreicht werden konnte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat danach die nachdrücklichste Art, wie sie die an sie gelangten Beschwerden vertreten hat, betwiesen, daß sie es mit der Bekämpfung des alten Uebels der Soldatenmißhandlung auch während des Krieges ernst nimmt. Wir bedauern auf das Lebhafteste, daß aus einer geschlossenen Sitzung von der „Verner Tagwacht“ Mitteilungen und noch dazu in so höflichlicher Verkennung gebracht werden konnten. Das ist ein Vertrauensbruch, in dessen Beurteilung die ganze Partei mit uns einig sein wird, um so mehr, als dadurch auch die Vertretung der Arbeiterinteressen ungemein erschwert werden konnte.

Berlin, den 12. Juni 1915.

Der Vorstand  
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

### Neues aus aller Welt.

#### Nieder verkaufen lassen.

Der Aderbürgen Wilhelm Möller aus Burgdorf antwortete einem Kunden, als dieser am 1. Oktober v. J. von ihm für zu je 4 Mark gekaufte sechs Zentner Kartoffeln im Laufe des Monats Oktober geliefert verlangte: „Nieder verkaufen lassen, als für 4 Mark pro Zentner verkaufen!“ Die Strafkammer Hannover, vor der er sich deswegen zu verantworten hatte, betrachtete diese Äußerung, dem Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft entsprechend, als strafverfälschend und verurteilte ihn wegen Uebertretung der Höchstpreise — diese waren damals auf 4 Mark pro Zentner festgesetzt — zu 75 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tagen Gefängnis.

„Internationales“ im belgischen Setze. Die „Blaumische Stern“ erweist ihre Leser mit einer Zuschrift eines belgischen Soldaten von der Yser. Dieser berichtet, daß die Belgier als Anerkennung für ihre Tapferkeit Liebesgaben allerlei Art aus den verschiedenen Ländern bekommen hätten, so daß sie in förmlich internationale Verfassung geraten wären. In dem Briefe heißt es ungefähr:

„... Wir tragen jetzt englische Hemden (sind nur etwas kurz ausgefallen), französische Unterhosen (mit praktischem Leibriem), Knäpfe, made in England (für den Sommer zu warm), Schuhe, made in Amerika (sehr bequem), Uniform, made in Frankreich (Stoff taugt nicht). Wir rauchen holländischen Tabak aus englischen Pfeifen und rauchen sie mit französischen Streichhölzern in Brand. Wir trinken japanischen Tee, essen österreichische Schokolade, schmieren englisches Gelee auf unser französisches Brot; wir kleben „Blaumische Leuten“, fangen die Marcellas, rufen „God save the King“, kennen die Arie vom russischen „Boje Tjaria Krami“ und — lassen Deutschland über alles!“

## Zwölfter Genossenschaftstag.

k. Frankfurt a. M., 14. Juni.

Die zwölfte Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine begann heute vormittag im Zoologischen Garten. Der Kongress ist trotz der Kriegszeit stark besetzt, es sind ungefähr 800 Delegierte vertreten. Ausländische Vertreter sind diesmal begreiflicherweise nicht anwesend. Die mit dem Zentralverband im Vertragverhältnis stehenden Gewerkschaften, Transportarbeiter, Bäcker, Handlungsgehilfen, haben, wie alljährlich, Delegierte geschickt. Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. ist durch den Bürgermeister Dr. Luppe, das Soziale Museum durch Prof. Dr. Lahn, Stadtrat Dr. Stein und Wehlar vertreten. Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands ist vertreten durch Paul Wöhrle.

Der Vorsitzende des Verbandes, Barth (München), hieß die Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Der diesjährige Genossenschaftstag sei leider eine Ausnahmestagung, eine Tagung in Kriegzeiten. Eine große Anzahl Genossen, die sonst den Genossenschaftstagen beizuwohnen, fehlten heute, sie dienten dem Vaterlande. Zahlreich wäre auch die Zahl der Genossenschaftler, die als Kämpfer gefallen seien, die Konsumvereine würden deren Andenken besonders in Ehren halten. (Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen.) Der Vorsitzende gedenkt dann der sonst im letzten Jahre gestorbenen hervorragenden tätigen Genossenschaftler, besonders des früheren Geschäftsführers des Frankfurter Konsumvereins, Martin Bernhardt, der sehr viel für die Genossenschaftsbewegung gearbeitet habe.

Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.) begrüßt die Versammlung namens der städtischen Behörden. Es sei nicht nur ein Zeichen der günstigen Kriegslage, sondern für die ruhige Sicherheit und Kraft, die im deutschen Volke herrsche, daß die Tagung stattfinden könnte, und eine solche große Anzahl von Männern hier zusammenkommen konnten. Die Tagung ist von größter Wichtigkeit, war doch der Plan unserer Feinde, uns auszulagern. Das ist nicht gelungen. Gewiß, wir haben uns nach der Dede strecken müssen, im großen ganzen sind wir aber die Schwierigkeiten besser hinweggekommen, als wir es selbst glaubten. Daß dies möglich war, verdanken wir dem großen Organisationsgedanken, auf dem auch Ihre Organisation aufbaut ist, daß alles sich zusammenfügen muß, wenn große Aufgaben gelöst werden sollen. Wenn die Lebensmittelversorgung des Volkes möglich war, verdanken wir dies mit den Konsumvereinen. Die städtischen Behörden hätten nicht all die Aufgaben, die auf diesem Gebiet an sie herangetreten sind, erfüllen können, wenn solche Organisationen, wie die Ihre, nicht vorhanden gewesen wären. Wir begrüßen Ihre Tagung um so mehr, da sie Rückschlüsse geben wird für ein gerechtes Verteilung der Lebensmittel und Herabdrückung der Preise. Wenn es möglich war, den Lebensmittelwucher etwas hintanzubringen, so hat da Ihre Mitarbeit dazu beigetragen. Wir wünschen Ihrer Tagung besten Erfolg. (Lebhafte Beifälle.)

Stadtrat Dr. Stein begrüßt den Kongress als Vertreter der Stadt und als Zeugen für das Genossenschaftswesen an der Frankfurter Universität. Die Genossenschaftsbewegung sei für den Frieden; und was sie im Frieden geleistet habe, komme jetzt dem ganzen Volke zugute. Wenn Deutschland volkswirtschaftlich gesund geblieben sei, verdanke es dies zum großen Teil den Genossenschaften. Eine der größten Ziele der inneren Entwicklung Deutschlands müsse sein, daß die Genossenschaften und Gewerkschaften auf der Basis der freien Selbstverwaltung anerkannt weiter wirken könnten. (Geister Beifälle.)

Für den Frankfurter Konsumverein hieß Stadterordneter Hopf die Versammlung herzlich willkommen. Er betonte, die Konsumvereine könnten stolz sein, daß sie die schwere Belastungsprobe, die der Krieg ihnen stellte, so gut bestanden hätten. Er gab dann eine Schilderung der Entwicklung des Frankfurter Genossenschaftslebens:

Frankfurt hat keine besonders bemerkenswerte Vergangenheit auf dem genossenschaftlichen Gebiete. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bestand hier eine „Gesellschaft zur Beschaffung billiger Winterbedürfnisse“. Alle Nachforschungen über ihr Ende waren aber ergebnislos. Interessant aus ihrer kurzen Geschichte ist nur, daß sie im Jahre 1853 einen Kampf mit den hiesigen Bäckermeistern auszufechten hatte, die nicht gestatten wollten, daß sie der Bevölkerung billiges Brot beschafften. Der Deputierte zum Volksrat (Seyditz) und das jüngere Bürgermeisterramt (Dr. von Oken) lehnten die Beschwerden der Bäcker als unbegründet ab. Von 1872 bis 1886 bestand dann wieder ein Lebensmittel-Bedarfsverein. Auch von diesem erzählt die Geschichte nicht, in welcher Weise er im Wirklichkeit getreten ist und wie lange er bestanden hat. Später gründeten sich die sogenannten Familienvereinigungen, welche ihren Mitgliedern einen Rabatt von den Händlern vermittelten, wurden aber zum Teil für die Konsumgenossenschaften im Hemmschuh, statt daß sie die Vorläufer der Genossenschaftsbewegung wurden. Erst Ende der vierziger Jahre, als das starke Vertrauen der Arbeiterschaft gegen die Genossenschaftsbewegung geschwunden war, wurde auf Anregung des Frankfurter Gewerkschaftsrates die Errichtung eines Konsumvereins näher getreten. Einer unserer Senioren der Genossenschaftsbewegung, von Elm war es, der am 1. November 1899 in einer Versammlung die Bedeutung der Konsumgenossenschaft vorlegte; nach diesem Referat wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten übernahm. Am 15. Oktober 1900 wurde im Gasthaus „Zum Redhof“ dem Geburtsort unseres Lokaldichters Friedrich Schiller, unser Verein offiziell gegründet. Die Mitglieder der Kassenkasse und der Familienvereinigungen traten als Mitglieder dem Konsumverein bei. Das erste Geschäftsjahr schloß bereits mit 2046 Mitgliedern, 3 Warenverteilungsstellen und 111.000 Mark Umsatz im eigenen Geschäft ab. Im fünften Geschäftsjahre waren wir durch die Uebernahme einiger kleiner Vorortkonsumvereine bereits in der Lage, mit der Eigenproduktion zu beginnen. In dieses Jahr fiel der Bau unseres Lagerhauses, der Stallungen und unserer Bäckerei. Der Mitgliedsbestand war auf 6511, die Warenverteilungsstellen auf 16 und der Umsatz auf 1.312.000 Mark gestiegen. Von dieser Zeit ab nahm der Verein eine rapide Entwicklung. Er hielt an erster Stelle im südwestdeutschen Verband und an achter Stelle im Reich. 31.000 Mitglieder, über 8 Millionen Umsatz im eigenen Geschäft, 3 Millionen Mark im Lieferantengeschäft, 74 Warenverteilungsstellen, die schönste und größte Bäckerei der Stadt und die Beschäftigung von über 600 Angestellten ist das Ergebnis ständiger Tätigkeit und des Vertrauens unserer Mitglieder. Zahl der Weisheitlichkeit unserer Mitglieder war es und möglich, starke Reserven anzusammeln, die uns befähigten, weitere genossenschaftliche Probleme zu verwirklichen, was uns nicht möglich wäre, wenn der Verein zu einer Dividendenbühne herabgedrückt worden wäre. — Redner wünscht zum Schluß seiner Ausführungen, daß die Tagung weiter zum Aufstieg des Genossenschaftswesens beitragen möge. (Lebhafte Beifälle.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

### Bericht des Vorstandes

nahm nun der Generalsekretär des Verbandes, Heinrich Kaufmann (Hamburg) das Wort, der sich über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verbreitete. Er gab eine Erläuterung zu dem gedruckten Jahrbuch, das wir bereits besprochen haben. Seit seiner Gründung im Jahre 1903 vermehrte sich die Zahl der angeschlossenen Vereine von 666 auf 1109. Im letzten Jahre ging ja die Zahl der Vereine um 48 zurück, was seine Ursache in dem Zusammenschluß kleinerer Vereine zu größeren Genossenschaften hat. Die enorme Entwicklung des Verbandes zeigt am besten die Steigerung der Mitglieder: 1903 betrug die Mitgliederzahl 673.085, Ende 1914 aber 1.717.519. Der Umsatz im eigenen Geschäft belief sich 1903 auf 1.317.786 107 Mark, 1914 aber auf 4.922.980 519 Mark. Der Krieg habe die Genossenschaften vor neue Aufgaben gestellt. Eine davon sei die Idee der Kriegsbetreiber-Gesellschaft, die an und für sich eine gute sei, auf die Genossenschaften zu übertragen, die Organisation des Volksumsatzes auf breiter Grundlage ohne Inanspruchnahme der Behörden. Den Konsumern müßte ein größerer Einfluß eingeräumt werden.

Wenn die Genossenschaftsbewegung zehn Jahre älter gewesen wäre, dann hätte sie heute die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln übernehmen können. Heute wäre notwendig ein besseres Zusammenarbeiten mit den vorhandenen landwirtschaftlichen Genossenschaften. All die großen Aufgaben, die die Konsumvereine noch lösen müßten, bedingten weitere genossenschaftliche Treue, Eingabe und Pflanzung. (Lebhafte Beifälle.)

Ueber

### Die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen

berichtete Dr. Müller (Hamburg). Wir haben bereits im Vorbericht die Kriegspolitisik des Zentralverbandes, die der Referent ausführlich erörterte, besprochen, worauf wir verweisen. Dr. Müller hob besonders die Tätigkeit der Konsumvereine als Preisregulator hervor. Der Zentralverband habe auf diesem Gebiet alles getan, was in seinen Kräften stand. So hätten verschiedentlich Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern stattgefunden. In der zweiten Hälfte seines Vortrages begründete er eine längere Resolution, die ein einstimmiger Willensausdruck des Vorstandes und Ausschusses der großen Mehrheit des Generalrats, in dem sie eingehend erörtert wurde, sei. Die Resolution lautet:

Der zwölfte ordentliche Genossenschaftstag nimmt Kenntnis von den seit Kriegsausbruch getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und macht die hierbei betätigte Auffassung, daß die Konsumgenossenschaften die Pflicht haben, ihre gesamten Kräfte in den Dienst der Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes zu stellen, zu der feinsten Aufgaben und Wirkungsgebiete der Konsumgenossenschaften sind bestimmend für ihre Tätigkeit im Dienste vaterländischer Pflichterfüllung. Es wird erwartet, daß sich die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralinstitute die Unterstützung und Förderung aller sozialen Kriegshilfsmassnahmen und der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten mit allen verfügbaren Kräften anzuwenden sein lassen, wobei jedoch nicht außer acht zu lassen ist, daß der größte Dienst, den die Konsumgenossenschaften der Gesamtheit der Volksgenossen zu leisten vermögen, in der Aufrechterhaltung ihrer finanziellen Gesundheit und der hierdurch bedingten größten Wirkungsmöglichkeit auf dem eigentlichen Tätigkeitsgebiete der Konsumgenossenschaftsbewegung besteht. Alle zu treffenden Maßnahmen sind daher auch von dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Konsumvereine aus zu prüfen.

Im Hinblick auf den ungeheuerlichen Plan der Feinde Deutschlands, durch Aus Hungern und nicht im militärischen Dienstverhältnis stehenden Volksteile, der Frauen und Kinder, in völkerverwundlicher Weise zu Ergriffen zu gelangen, die durch Waffengewalt zu erreichen den Wegern des deutschen und des ihnen verbündeten Österreichisch-ungarischen und türkischen Volkes verweigert ist, erklärt der Genossenschaftstag es für die Hauptaufgabe der Konsumgenossenschaften, mit ihren Mitteln und Kräften die Verteilungen zur Sicherung der Volksernährung im Krieg und die Anpassung des gesamten Wirtschaftslebens an den Kriegszustand zu unterstützen. Im einzelnen ist hierzu folgendes zu betonen:

Die vom Reich getroffenen Maßnahmen zur Vorratssicherung haben im großen und ganzen das gezielte Ziel erreicht. Die hierbei nach und nach geschaffenen organisatorischen Einrichtungen bleiben deshalb zweckmäßigerweise erhalten. Sie bedürfen aber in Einzelheiten der Verbesserung, insbesondere ist ein größerer Einfluß der Verbraucher auf die Verwaltung und auf die Entscheidungen der verschiedenen vorratssichernden und vorratverteilenden Gesellschaften zu fordern. Die Verteilungen einzelner Interessengruppen, ausfallgebenden Einfluß bei einzelnen, wichtigen Organisationen zu erlangen, werden vom 12. außerordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht unterstellt. Dieser gibt vielmehr im Hinblick auf diese Verteilungen sein Urteil dahin ab, daß zwar die sachverständige Mitwirkung keiner Interessengruppe seitens der verschiedenen, vom Reich geschaffenen Gesellschaften entbehrt werden kann, die Verteilung dieser Gesellschaften aber so auszubauen ist, daß sie bei ihren Entscheidungen lediglich die Berücksichtigung des Allgemeininteresses, das sich mit den Anforderungen der militärischen Situation deckt, garantieren. Eine größere Beteiligung erfahrener Konsumgenossenschaftler bei der Verwaltung solcher Gesellschaften, die den Zwecken der Volksernährung im Krieg dienen, erscheint dem Genossenschaftstag geeignet zur Erreichung dieses Zieles. Er richtet daher an das Reichsamt des Innern das Ersuchen, bei der Anpassung der vorhandenen Einrichtungen an die Erfordernisse der Situation und bei der etwa notwendig werdenden Neuschaffung von Organisationen mehr als bisher die Mitarbeit von Praktikern des Konsumgenossenschaftswesens zu ermöglichen.

Mit dem größten Nachdruck glaubt außerdem der Genossenschaftstag betonen zu müssen, daß Hand in Hand mit der Vorratssicherung eine Preispolitik zu gehen habe, die Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt. Den Einkommensverhältnissen der breiten Volksmassen entsprechen die jetzigen Preise für Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fleisch und Fleischwaren und ähnliche für den Haushalt der großen Masse unerschwingliche Gebrauchsgüter nicht. Die ganz neue Situation, die mit dem Einbringen der neuen Ernte entsteht, ist daher zu einer erheblichen Herabsetzung der Preise durch eine zweckentsprechende Festsetzung von Höchstpreisen auszunutzen. Die Höchstpreise haben ihren Ausgangspunkt beim Produzenten zu nehmen und sind auf alle Zwischenstadien, die das Produkt durchläuft, ehe es in den unmittelbaren Konsum überführt wird, auszudehnen. Als Ausgangspunkt für die Berechnung der Höchstpreise sollen die Ausschussmittelpreise dienen, die im Herbst und Winter 1912/13 auf dem Lebensmittelmarkt herrschten. Die Beachtung dieser Grundsätze ermöglicht die Ernährung des deutschen Volkes im Kriege zu Preisen, die zwar übermäßigen Gewinn einzelner ausschließen, dafür aber die Spar- und Kaufkraft der breiten Volksmassen nicht übermäßig schwächt. Durch eine solche Preispolitik wird nicht nur das Fundament unserer wirtschaftlichen Widerstandskraft gestärkt, sondern auch die Wiederbelebung der nationalen Volkswirtschaft nach Wiederherstellung des Friedens erleichtert.

Der Genossenschaftstag hält als weitere Maßnahme zur Sicherung und Regelung der Lebensmittelversorgung im Kriege außerdem noch für erforderlich:

Durchführung des Grundbundes, daß ausreichende Mengen von pflanzlichen Nahrungsmitteln für 70 Millionen Menschen zu sichern sind, ehe die Viehhaltung berücksichtigt wird.

Möglichst frühzeitige Feststellung des Erntetrags und Verschärfung und weitere Ausdehnung des Beschlagnahme- und Zwangsverkaufsvorfahrens gegenüber falschen Deklarationen und Zurückhaltung der Nahrungsmittel zum Zwecke höherer Gewinnerzielung durch Produzenten und Händler.

Einschränkung der Trinkbrautwein- und Bierzeugung. Abkürzung der Brot- und Mehlrationen nach dem Einkommensverhältnissen und der Art der körperlichen Arbeit, ferner Ausdehnung des Rationensystems auf andere Gebrauchsgüter, soweit letzteres notwendig erscheint.

Festsetzung bestimmter Handelsnormen für Anlieferung, Sachberechnung und sonstige Spesen.

Berücksichtigung der Konsumvereine und ihrer Großverkaufsgesellschaft für die Warenverteilung aller durch Reich, Staat, Kommunalverbände oder Einzelkommunen übernommenen, den Verbrauchern zuzuführenden Warengattungen. Hierin gehören u. a.:

Mehllieferungen an die Konsumvereine durch die zuständigen Kommunalverbände zum direkten Vertrieb und zur Verteilung von Brot und sonstigem Gebäck, auch für Betriebsstellen, die sich nicht am Rande der Genossenschaft befinden.

Lieferung von Kartoffeln und allen Futtermitteln an die Konsumvereine, soweit diese seitens einer Behörde oder von durch die Behörden errichteten Abgabestellen dem Handel zugeführt

werden. Heranziehung der Konsumvereine als Warenabgabestellen für alle Fabrikate, die aus den Beschlagnahmen und übernommenen Produkten gewonnen und den Verbrauchern durch Reich, Staat, Kommunalverbände oder Einzelkommunen überwiesen werden.

Von einem Kriegswirtschaftsplan, der den in dieser Resolution niedergelegten Anforderungen entspricht, erwartet der zwölfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Sicherung der Volksernährung auch in den kommenden Kriegsmontaten. Er versichert die ausführenden Behörden der freudigen Mithilfe aller Konsumgenossenschaften bei der Durchführung dieser Maßnahmen.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Dr. Müller die Notwendigkeit der Wiederbelebung sozialpolitischer Arbeit und sozialpolitischer Reformen nach dem Krieg. Der Wille der großen Masse des Volkes müsse nach entschiedener sozialpolitischer Tätigkeit gerichtet sein. Dabei hätten auch die Konsumvereine große Aufgaben zu erfüllen. Alle Fortschritte würden uns aber auch nach dem Krieg nicht so ohne weiteres in den Schoß fallen, man müßte sie genau so wie jetzt erkämpfen. Die Gegenstände würden auch nach dem Krieg in gleicher Schärfe vorhanden sein, der Bürger werde den Krieg nicht überdauern. Im Kampfe werde das Leben gestaltet. Redner hofft, daß im neuen Deutschland ein Staatswesen geschaffen wird, das seinem Volke das Beste gibt. (Lebhafte Beifälle.)

## Neues aus aller Welt.

### Unter Verwundeten.

Dem „Vorwärts“ schreibt ein Leser nachstehende Betrachtungen, die über den besonderen örtlichen Rahmen hinaus allgemeine Beachtung verdienen.

Was packt es nicht an das Herz, wenn er unsere Verwundeten in den Strahlen sieht, auf Stöcken gestützt daher humpelnd, die Arme in Schlingen, die Köpfe verbunden? Wenn wäre nicht der tiefe Ernst in ihren Gesichtern aufgefallen? Komme ich mit ihnen zusammen, so frage ich sie nie. Dazu habe ich zu große Achtung für sie, um von ihnen meine Neugierde befriedigen zu lassen. Reden sie aber freiwillig, dann horche ich mit Ohr und Herz.

Die meisten von ihnen sind nicht ruhmredig. Sie reden von ihren Taten, wie man redet von der Erfüllung einer harten Pflicht; sie geben Ehre auch dem Gegner. „Wir sind Soldaten und tun unsere Pflicht, wie es sein muß.“ sagte mir einer.

Mander Zeitungsschreiber, der die Feder schwingt und glaubt, unsere Soldaten herauszustreichen, wenn er die Feinde verhöhnt und erniedrigt — er täte gut, wenn er bei unseren Verwundeten zur Schule ginge.

Es gibt auch Wunden, die nicht der Feind geschlagen hat. Körperliche Herrütungen, nervöse Herrütungen. Am Ostersonntag sah ich in der Friedrichstraße einen jungen Sergeanten. Auf zwei kurze Stöcke gestützt, den Oberkörper wagerecht zum Fußsteig gebeugt, froh er dahin. Eine Krankheit hatte seinen jugendlichen Körper so gekrümmt.

Ein junger Freund, dem eine Granate den Arm zerschmettert hat, sagte mir: „Das kam noch dazu. Aber vorher waren meine Nerven schon ganz fertig.“

Am Simeonstagsfest sah ich, Zeitung lesend, in einer Wirtschaft, einem Arbeiterlokal. Ein Trupp von zwölf Verwundeten kam herein, ruhig und ernst. Sie setzten sich an die Tische und bestellten Bier. Da bemerkten sie die an der Wand hängenden Zeitungen. Im Nu waren sämtliche Zeitungen und Gewerkschaftsblätter in ihren Händen. Ich habe nie eine Gesellschaft gesehen, die interessiert und aufmerksamer las. Da rief der Wirt: „Meine Herren, trinken Sie aus: der Herr spendiert eine Lage.“ Es war ein Gast, der gewiß glaubte, den Verwundeten einen Gefallen zu tun. Sie nahmen einfach und bescheiden die Lage an. Der Herr wollte nun fragen. Die Antworten, die er erhielt, waren nicht abstoßend, aber doch kurz und abkennend. Die meisten lasen ruhig weiter. Als ein anderer Gast sich einmischte und mit einem gewissen Sohn fragte: „Na, aber Kloppe kriegen sie immer und kriegen sie alle?“ da wurden die Blicke der Verwundeten unwillig. Ein Landwehrmann sagte sehr ernst und ausdrucksvoll: „Davon wissen wir nichts. Wir waren im Kriege, nicht in einer Keilerei.“ Der Frager bekam einen roten Kopf und meinte: „Na ja, das weiß ich. Ich meine nur: uns können sie nicht —“ Der Landwehrmann antwortete wieder, ruhig und bestimmt: „Uns konnten sie nicht. Ob sie ihnen können, das weiß ich nicht. Denn mit dem Munde allein macht man die Sache nicht!“

Ueber die Gesichter der Verwundeten huschte ein hülles, beifälliges Lächeln. Eine weitere Lage Bier lehten sie bestimmt ab. Die Frager verstummten. Die Verwundeten lasen wieder ihre Zeitungen, tranken ihr Bier aus und verließen mit freundlichem Gruß das Lokal.

Ich freute mich. In diesen Männern liegen unsere Hoffnungen. Sie, die Fates mitgemacht hatten, die mit dem Gegner gerungen, die ihr Leben eingesetzt haben —, sie haben sich die Würde gewahrt, die ruhige Ueberlegung und echte Menschlichkeit und Männlichkeit. Sie sollen uns ein Beispiel sein.

### Wiesbadener Theater.

#### Königliches Theater.

Montag, 14. Juni, 7 Uhr: „Die Fiebermaus“.

#### Reisenz-Theater.

Montag, 14. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Schattenpiele“.

Dienstag, 15. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Die Affäre“.

Mittwoch, 16. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Schattenpiele“.

## Bekanntmachung.

Die Ferienpaziergänge für Schulkinder sollen in diesem Jahre wieder stattfinden. Voraussetzung ist, daß sich hierzu die notwendige Zahl Helfer und Helferinnen meldet.

Wir verweisen auf unsere im redaktionellen Teile dieser Zeitung niedergeschriebenen Ausführungen.

Wiesbaden, den 12. Juni 1915.

Magistrat,

Kommission für Ferienpaziergänge.

## Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Sämtliche alten Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.